

## Buchbesprechungen

„La Chine et les chinois dans le monde“, *Questions internationales*, November–Dezember 2022, Nr. 116, 127 S. Karten, Tabellen, Abb. ISSN 1761-7146.

Die 2003 gegründete, vom Zentrum La Documentation française herausgegebene Zeitschrift *Questions internationales* erscheint zweimonatlich. Mit ihren aktuellen Themen richtet sie sich an eine breite, politisch interessierte Leserschaft. Das vorliegende Heft widmet sich dem Thema „China und die Chinesen in der Welt“.<sup>1</sup> Gewissermaßen mit einem Teilgebiet des Themas Auslandschinesen hat sich 2010 das „8. Europäische Katholische China-Kolloquium. Chinesen in Europa. Trends und Katholische Perspektiven“ in Freising beschäftigt (siehe Konferenzbericht in *China heute* 2010, Nr. 4, S. 210-217). Ganz überwiegend stammen die 13 größeren und mehrere kleinere Beiträge des Heftes von französischen Autoren. Gute Karten, statistische Tabellen und Infokästen bieten zusätzliche Informationen. Fotos lockern die Texte auf. Nicht immer sind thematische Überschneidungen zu vermeiden gewesen. In Fußnoten werden zwar Hinweise auf weitere Literatur gegeben, doch fehlt leider eine Gesamtbibliographie.

Die historisch gut fundierte „Einführung – chinesische Schatten“ hat der Völkerrechtler **Serge Sur** verfasst. Er betont, dass seit dem Machtantritt von Xi Jinping als Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas 2012 China die Vorherrschaft in der Welt des 21. Jahrhunderts anstrebe, und zwar spätestens für das Jahr 2049, also 100 Jahre nach Gründung der Volksrepublik. Dann solle Taiwan längst Teil der VR sein. Hauptgegner auf dem Weg dorthin seien die USA. China sei zu einem totalitären Überwachungsstaat geworden. Tibet und Xinjiang würden unterdrückt, die Freiheit Hongkongs sei Vergangenheit. Die ungeheure Konzentration der Macht auf Xi Jinping und die kommunistische Partei erinnere an Mao. Auf internationaler Ebene habe China viele Pläne zur Gewinnung von Suprematie entwickelt: das Netz von Konfuzius-Instituten, Wirtschaftsabkommen, die Stationierung von Militär auf Inseln im Südchinesischen Meer, das Projekt Neue Seidenstraße bzw. „Belt and Road Initiative“. Taiwan aber repräsentiere als Demokratie ein anderes China. Der Inselstaat sei ein „Stein im Schuh von Xi Jinping“ (S. 6). Auf 50 bis 60 Millionen werde die Zahl der Auslandschinesen geschätzt.

Die Sinologin **Carine Pina** zeigt in ihrem Beitrag „China und seine Diaspora – Mobilität im Dienste der Macht“, dass die Überwachung der Auslandschinesen durch die VR China auf allen Kontinenten verschärft worden ist. Die Diaspora gliedere sich in *huaqiao*, d.h. Chinesen, die nur temporär im Ausland seien und *huaren*, d.h. (Nachkommen von) Chinesen, die Angehörige anderer Staaten seien. Xi Jinping vereinnahme alle als zur „großen chinesischen Familie“ gehörig (S. 49). Es habe Wellen von Auswanderern zu verschiedenen Zeiten gegeben, u.a. armutsbedingt Ende des 19. Jahrhunderts als Coolies bzw. heute als Arbeitskräfte im Zuge des Baus der Neuen Seidenstraßen. Beijing wolle ökonomisch und ideologisch von den Auslandschinesen profitieren. Letzteres sei im Fall von Buon Tan, einem chinesischstämmigen Abgeordneten der Nationalversammlung Frankreichs, gelungen. Er habe 2022 als einziger gegen deren Resolution gestimmt, den Genozid an den Uiguren zu verurteilen. Er vertrete offen die Interessen Chinas. Seit Übernahme der Macht durch Xi Jinping 2012 kontrolliere die KP mit Hilfe der Einheitsfront alle Bereiche der chinesischen Gesellschaft im In- und Ausland äußerst streng. Doppelte Staatsangehörigkeit sei nicht möglich.

Die Politologin **Françoise Thibaut** schreibt über „Vancouver – eine große chinesische Stadt außerhalb Chinas“. Chinesische Migranten seien seit dem späten 18. Jahrhundert in die Hafenstadt gekommen, um als Holzfäller oder beim Bau von Eisenbahnstrecken Geld zu verdienen. Ethnisch habe sich die Bevölkerung in ihrer wechselvollen Geschichte nur wenig gemischt, sei aber wirtschaftlich vielfach erfolgreich gewesen. Im Gefolge der Gründung der VR China 1949 und nochmals 1997 nach der Übernahme Hongkongs durch die VR China seien viele Flüchtlinge in die Hafenstadt gekommen. Von 2,2 Millionen Einwohnern seien 2022 etwa 600.000 chinesischer Abstammung gewesen. Damit sei die Stadt die „asiatischste“ außerhalb Asiens.

„Chinas wachsender Einfluss auf der Weltbühne mit Hilfe des Systems Einheitsfront“ ist der Beitrag von **Ralph Weber**, einem am Europainstitut der Universität Basel tätigen China-Experten, überschrieben. In der Schweiz, seinem Heimatland, ist er mit der Botschaft Chinas bereits aneinandergeraten. Weber warnt sehr deutlich vor dem globalen rücksichtslosen Machtstreben Chinas, vor Überwachungsmethoden und ideologischer Unterwanderung. Das tat er übrigens auch im Rahmen der SFR-Sendereihe „Sternstunde Philosophie“ mit dem Thema „Wie gefährlich ist China“ (19.03.2023). Die Einheitsfront, deren Taktik auf Lenin zurückgehe, habe unterhalb der KP-Führungsebene eine vielfältige Zuständigkeit. Sie bilde Netze von Gruppen im In- und Ausland, die die liberale Ordnung des Westens

1 Die deutschen Übersetzungen der Titel und Zitate aus dem französischen Original stammen vom Rezensenten.

bedrohten. Ziel sei es, eigene autoritäre Normen und Werte durchzusetzen, und zwar u.a. bei den Vereinten Nationen, in der Uiguren-Frage und im Falle Taiwans. Aggressive Diplomaten, Wolfskrieger genannt, hülften dabei. Die über dem Staat stehende marxistisch-leninistische KPCh habe dafür auch ihren Propagandaapparat gestärkt. Weber beschreibt genau den Aufbau der KP und ihrer Organe. Auch auf Hongkong und den lange vorbereiteten Entzug der Freiheitsrechte samt dem Sicherheitsgesetz von 2020 geht Weber ein.

**Jean-Pierre Cabestan**, ein französischer Sinologe und Politikwissenschaftler, der auch einige Jahre an der Hong Kong Baptist University gelehrt hat, schreibt über „Die Konfuzius-Institute weltweit“. Sie seien seit 2014 eingerichtet worden. Den Namen sieht er als einen – sehr selektiven – Rückgriff auf die chinesische Tradition. Im Jahr 2020 seien es 550 Institute in 162 Ländern gewesen. Sie dienten der Stärkung der „soft power“ Chinas, indem sie Wissen und Ideologie gemäß kommunistischer Sicht verbreiteten.

Der Beitrag des Asien-Experten **Tristan Dufes** widmet sich dem Thema „Peking und Taiwan – ein spannungsgeladenes Verhältnis“. Er ist 2022 vor dem Hintergrund des Taiwan-Besuchs von Nancy Pelosi, der damaligen – demokratischen – Sprecherin des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten, und der darauf folgenden – im Südchinesischen Meer stattfindenden – aggressiven Manöver der chinesischen Volksbefreiungsarmee geschrieben. Seiner geografischen Lage und Wirtschaftskraft (z.B. Halbleiter von TSMC) wegen habe Taiwan eine globale Schlüsselstellung. Der Inselstaat sei ein Spannungsbrennpunkt, weil er von der VR China als Teil ihres Staates beansprucht werde und weil er an einem bedeutenden maritimen Schifffahrtsweg liege. Bekanntlich sei die Republik China (Taiwan) seit 1971 nicht mehr Mitglied der UN und also auch nicht mehr ständiges Mitglied des Sicherheitsrats, sondern es sei dies die VR China. Heute (2022) unterhielten nur noch 14 Staaten volle diplomatische Beziehungen zu Taiwan. Es habe sich von einem autoritären Staat zu einer starken Demokratie entwickelt. Mit der Wahl von Chen Shui-bian 2000 zum Präsidenten (bis 2008) und noch mehr mit der von Tsai Ing-wen 2016 hätten sich die Beziehungen verschlechtert, weil beide Politiker eine deutlich eigenständigere Politik betrieben. Beide seien Mitglieder der Demokratischen Fortschrittspartei. Die VR China drohe Taiwan für den Fall einer Unabhängigkeitserklärung mit Gewalt. Als demokratisches Modell sei Taiwan für die VR eine Gefahr, weil es für deren Bevölkerung eine attraktive Alternative zum Totalitarismus bilde. Trotz der Spannungen habe Taiwan eine große Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung der VR gespielt. Dennoch sei eine Besetzung der Insel durch die VR nicht undenkbar. Sie wäre furchtbar, auch für den internationalen Schifffahrtsverkehr. – Darauf wies jüngst auch die Zeitschrift *Foreign Affairs* (Februar 2024) in dem Beitrag „The Taiwan catastrophe. What America – and the world – would lose if China took the island“ hin.

Die Politikwissenschaftlerin **Eugénie Mérieau** schreibt zum Thema „Das singapurisch inspirierte chinesische Modell autoritärer Rechtsstaatlichkeit“. Ideologisches Ziel der intellektuellen Eliten des Stadtstaates sei es zu zeigen, dass ökonomische Modernisierung und die – fast ausschließliche – Herrschaft einer Partei, der PAP (People's Action Party), sich verträgen. Die Opposition werde institutionell klein gehalten, fungiere als eine Art politisches Barometer. Für neo-autoritäre chinesische Intellektuelle seien die asiatischen Kulturen unvereinbar mit westlicher Demokratie. Sie fänden Orientierung bei der autoritär-demokratischen, modern-urbanen, gebildeten Bevölkerung und deren wirtschaftlich erfolgreichem Modell in Singapur. Auch für Xi Jinping gelte das. Er wolle alles in den Dienst des „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“ stellen. Mérieau betont, dass Lee Kuan Yew, Premierminister des Stadtstaates von 1959 bis 1990, für das Konzept von Tugend und tugendhaftem Menschen (*junzi*) und das der Meritokratie gestanden habe. Schon er sei entschieden gegen den Liberalismus des Westens gewesen. Singapurs Regierung habe asiatische Werte gefördert, d.h. den Vorrang der Nation vor der Gemeinschaft, die Familie als grundlegende Einheit, Konsens vor Konflikt, religiöse und ethnische Harmonie.

Bemerkenswert und erfreulich ist, dass das Heft auch einen Beitrag zum Thema „Der chinesische Universalismus als Herausforderung des Christentums“ enthält. **Emmanuel Dubois de Prisque**, Chinaforscher des „Institut Thomas More“ (Paris), hat ihn noch kurz vor seinem Tod verfasst. Für seinen Beitrag hat er vermutlich selbst ein Foto des sehr chinakritischen Kardinals Joseph Zen Ze-kiun gewählt. Es dürfte seinen skeptischen Blick auf die China-Politik des Vatikans veranschaulichen. Der Autor geht von den in China anerkannten fünf großen Religionen Daoismus, Buddhismus, Islam, Protestantismus und Katholizismus aus. Sie alle würden vom Staat bzw. der KPCh kontrolliert. Seit 2016 sei durch Xi Jinpings Politik der Sinisierung<sup>2</sup> die Kontrolle noch schärfer geworden. Passagen der Bibel, die nicht im Einklang mit kommunistischen Werten stünden, sollten umgeschrieben werden. Nicht von ungefähr wird auf den Artikel „The Gospel According to Xi“ des *Wall Street Journal* vom 4. Juni 2020 hingewiesen. China fürchte den subversiven Einfluss des Westens und des Christentums, auch z.B. weil sich in den USA etwa ein Drittel der chinesischen Immigranten evangelikalen Bewegungen zugewendet habe. Neben dem Christentum gelte Peking auch der Islam als besonders gefährlich, unterwürfen sich deren Gläubige doch Allah und eben nicht der Staatspartei. Uiguren und Kasachen würden ihres Glaubens wegen in Umer-

2 Zbigniew Wesolowski SVD bietet mit seinem Beitrag „Xi Jinping's *Zongjiao Zhongguohua* (Chinazation) of Religion and the Christian Idea of Inculturation“ in *Religions & Christianity in Today's China* 2023, Nr. 1, S. 18-43 tiefere Einsichten in das Thema. Eine ganz andere Position vertritt der Religionswissenschaftler Zhuo Xinping in seinem Beitrag „Zur Geschichte der Sinisierung des Katholizismus in China“ in *China heute* 2023, Nr. 4, S. 225-238.

ziehungslager gesteckt. Mit dem Begriff Universalismus ist die totalitäre Vision vom kollektiven Leben gemeint, „die vorgibt, ein Modell für die gesamte Menschheit zu sein“ (S. 85). Der Totalitarismus aber stoße „auf die Kraft der christlichen Religion [...], die jedem ihrer neuen Gläubigen einen Raum noch nicht da gewesener Freiheit“ (S. 85) biete. Die Geheimverhandlungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Beijing hinsichtlich der Bischofsweihen sieht der Autor sehr kritisch. Das gilt auch für die Behandlung der so genannten Untergrundkirche. Papst Franziskus sei zu konzilient. Der Druck auf die Religionen werde mit dem Konzept der Sinisierung immer stärker.

Weitere Themen des an Informationen und kritischen Analysen reichen Heftes sind Chinas Einfluss in Südostasien, in Afrika, in Zentral- und Osteuropa, in den muslimischen Staaten sowie in den Vereinten Nationen. Auch das Projekt Neue Seidenstraße sowie Handelsabkommen im Dienste regionaler und globaler Hegemoniebestrebungen werden gesondert analysiert.

China ist eher noch autoritärer und die Welt insgesamt konfliktreicher geworden. Wie ist Frieden zu erreichen, wie zu verhindern, dass Xi Jinpings „Chinesischer Traum“ zum Albtraum Taiwans und anderer Staaten wird, ist die implizite Frage des Heftes.

Raimund Kern